

**BÜRGERGEMEINDE  
5013 NIEDERGÖSGEN**

# Gemeindeordnung der Bürgergemeinde Niedergösgen

**Ausgabe 2014**

# Gemeindeordnung

Die Gemeindeversammlung der Bürgergemeinde Niedergösgen, gestützt auf die §§ 2 und 56 lit.a Gemeindegesetz vom 16. Februar 1992, beschliesst:

## 1. Einleitung

### 1.1. Geltungsbereich und Zweck

#### § 1

Diese Gemeindeordnung regelt:

- a) den Bestand und die Aufgaben der Gemeinde;
- b) die Rechtsstellung der Gemeindeangehörigen;
- c) die Organisation;
- d) den Finanzhaushalt;
- e) das Beschwerderecht.

### 1.2. Bestand

#### § 2

Die Bürgergemeinde Niedergösgen ist eine Gemeinde im Sinne der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986 und des Gemeindegesetzes.

Sie umfasst das herkömmliche und ihr verfassungsmässig garantierte Gebiet mit allen in der Gemeinde heimatberechtigten Personen, ohne Rücksicht auf den Wohnsitz.

### 1.3. Aufgaben

#### § 3

Die Aufgaben der Gemeinde ergeben sich aus der Gemeindeautonomie und der eidgenössischen und kantonalen Verfassungs- und Gesetzgebung.

Sie

- a) regelt die Organisation und bestellt die Behörden und Verwaltungsorgane;
- b) erteilt das Gemeindebürgerrecht oder sichert es zu;
- c) verwaltet ihre Güter und Liegenschaften;

- d) sorgt für eine naturnahe Bewirtschaftung ihrer Wälder und Allmenden, sowie deren Pflege als Erholungsgebiet und schützt die Umwelt;
- e) fördert nach Massgabe ihrer Mittel die kulturelle und soziale Wohlfahrt;
- f) strebt einen ausgeglichenen Finanzhaushalt an.

## **2. Gemeindeangehörige**

### **2.1. Datenschutz**

#### **§ 4**

Der Datenschutz richtet sich nach dem Informations- und Datenschutzgesetz.

## **3. Einbürgerung**

#### **§ 5**

Die Einbürgerung ist in einem separaten Einbürgerungsreglement geregelt.

Die Gemeinde hält sich an die Kantonale und Eidgenössische Gesetzgebung.

## **4. Organisation der Gemeinde**

### **4.1. Allgemeine Organisation**

#### **4.1.1. Organe**

##### **§ 6**

Organe der Bürgergemeinde sind:

- a) die Gemeindeversammlung;
- b) die Behörden;
  - 1. der Bürgergemeinderat;
  - 2. die Kommissionen;
- c) die Beamtinnen und Beamten.

#### **4.1.2. Geschäftsverkehr**

##### **§ 7**

Geschäfte, die an die Gemeindeversammlung weitergeleitet werden, sind zuvor vom Bürgergemeinderat zu beraten.

Detaillierte Regelungen kann der Bürgergemeinderat in Pflichtenheften treffen.

#### **4.1.3. Einberufung**

##### **4.1.3.1. der Gemeindeversammlung**

###### **§ 8**

Die Stimmberechtigten sind mindestens sieben Tage im Voraus zur Gemeindeversammlung einzuladen.

Ort, Datum, Zeit und Traktanden sind anzugeben.

Die Einladung ist im offiziellen Publikationsorgan der Gemeinde zu veröffentlichen oder den Stimmberechtigten zuzustellen.

Die Anträge des Bürgergemeinderates sowie die entsprechenden Unterlagen sind während der Einladungsfrist beim Bürgergemeindevorsitzenden zur Einsichtnahme aufzulegen.

##### **4.1.3.2. der Behörden**

###### **§ 9**

Einladung und Traktandenliste sind den Behördemitgliedern mindestens drei Tage vor der Sitzung zuzustellen.

##### **4.1.4. Beschlussfähigkeit**

###### **§ 10**

Der Bürgergemeinderat und die Kommissionen sind beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder oder Ersatzmitglieder anwesend sind.

##### **4.1.5. Protokollführung und Genehmigung**

###### **§ 11**

Das Protokoll der Gemeindeversammlung wird vom Bürgergemeinderat genehmigt und an der nächsten Gemeindeversammlung aufgelegt.

#### **4.1.6. Öffentlichkeit der Verhandlungen**

##### **§ 12**

Die Verhandlungen der Gemeindeversammlung und des Bürgergemeinderates sind in der Regel öffentlich.

Die Stimmberechtigten dürfen die entsprechenden Protokolle einsehen.

#### **4.1.7. Wahlen und Abstimmungen**

##### **§ 13**

Urnenwahlen von Gemeindebehörden finden nach dem Proporzverfahren statt.

An den Gemeindeversammlungen und in den Behörden ist geheim abzustimmen oder zu wählen, wenn 1/5 der anwesenden Stimmberechtigten oder der anwesenden Mitglieder dies verlangt.

#### **4.1.8. Archiv**

##### **§ 14**

Alle wichtigen manuell geführten oder elektronisch gespeicherten Datenbestände der Gemeinde, die für die laufende Verwaltung nicht benützt werden, sind zu archivieren.

### **4.2. Ordentliche Gemeindeorganisation**

#### **4.2.1. Politische Rechte**

##### **4.2.1.1. Allgemeine Mitwirkungsrechte an der Gemeindeversammlung**

##### **§ 15**

Wer stimmberechtigt ist, kann:

- a) an der Gemeindeversammlung teilnehmen, sich an der Diskussion beteiligen sowie zu den traktandierten Geschäften Anträge und zum Verfahren Ordnungsanträge stellen;
- b) eine Motion zu einem Gegenstand einreichen, für den die Gemeindeversammlung zuständig ist;
- c) ein Postulat einreichen, für den die Gemeindeversammlung oder der Bürgergemeinderat zuständig ist;
- d) mit einer Interpellation an der Gemeindeversammlung mündlich Auskunft über Gemeindeangelegenheiten verlangen.

#### **4.2.1.2. Petition**

##### **§ 16**

Jeder Bürger und jede Bürgerin ist berechtigt, Gesuche und Eingaben an kommunale Organe zu richten. Das zuständige Organ ist verpflichtet, innert angemessener Frist, jedoch vor Ablauf eines Jahres eine begründete Antwort zu geben.

#### **4.2.1.3. Einberufung der Gemeindeversammlung durch die Stimmberechtigten**

##### **§ 17**

Ein Fünftel der Stimmberechtigten kann verlangen, dass innert nützlicher Frist eine Gemeindeversammlung einberufen wird.

#### **4.2.1.4. Obligatorische Urnenabstimmung**

##### **§ 18**

Über eine von der Gemeindeversammlung beratene Vorlage ist an der Urne abzustimmen wenn:

- a) der Gemeindebestand wesentlich verändert werden soll;
- b) es die Gemeindeversammlung mit einem Drittel der anwesenden Stimmberechtigten bestimmt.

In diesen Fällen unterbleibt die Schlussabstimmung an der Gemeindeversammlung.

#### **4.2.1.5. Grundsatz- und Konsultativabstimmung**

##### **§ 19**

Ein Fünftel der Stimmberechtigten kann verlangen, dass der Gemeindeversammlung innert nützlicher Frist ein Geschäft grundsätzlich oder konsultativ vorgelegt wird.

#### **4.2.1.6. Urnenwahlen**

##### **§ 20**

An der Urne werden gewählt:

- a) die Mitglieder des Bürgergemeinderates;
- b) die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission;
- c) der Bürgergemeindepäsident oder die Bürgergemeindepäsidentin sowie der Vizepräsident oder die Vizepräsidentin der Bürgergemeinde.

Stehen nicht mehr vorgeschlagene Kandidaten oder Kandidatinnen zur Verfügung als Ämter zu besetzen sind, gelten diese als in stiller Wahl gewählt.

Der Bürgergemeindepräsident oder die Bürgergemeindepräsidentin und der Vizepräsident oder die Vizepräsidentin der Bürgergemeinde sind zwingend an der Urne zu wählen.

#### **4.2.2. Gemeindeversammlung**

##### **4.2.2.1. Zusammensetzung**

###### **§ 21**

Die Gemeindeversammlung besteht aus den jeweils anwesenden Stimmberechtigten.

##### **4.2.2.2. Befugnisse**

###### **§ 22**

Neben den in den §§ 50 und 56 des Gemeindegesetzes aufgeführten Befugnissen stehen der Gemeindeversammlung weitere nicht übertragbare Befugnisse zu:

- a) Sie erlässt und ändert die Gemeindeordnung und die übrigen rechtsetzenden Gemeindereglemente.
- b) Sie beschliesst:
  1. den Voranschlag;
  2. die Rechnung;
  3. neue Voranschlagskredite, deren Auswirkung jährlich einmalig Fr. 30'000.-- oder jährlich wiederkehrend Fr. 3'000.-- übersteigen;
  4. Nachtragskredite deren Höhe Fr. 20'000.-- übersteigt;
  5. Spezialfinanzierungen;
  6. Gründung oder Erweiterung von Anstalten und Unternehmen, Beteiligungen an gemeinwirtschaftlichen oder privaten Unternehmungen und Verträge mit anderen Gemeinden;
  7. einem Zweckverband beizutreten oder auszutreten.
- c) Sie übt die Oberaufsicht aus über alle Gemeindeorgane.

##### **4.2.2.3. Verfahren**

###### **§ 23**

Das Verfahren richtet sich nach dem Gemeindegesetz.

### **4.2.3. Bürgergemeinderat**

#### **4.2.3.1. Zusammensetzung**

##### **§ 24**

Der Bürgergemeinderat zählt fünf Mitglieder.

Der Bürgergemeinderat bestimmt nach jeder Erneuerungswahl die Anzahl der Ersatzmitglieder jeder Liste.

#### **4.2.3.2. Befugnisse**

##### **§ 25**

Der Bürgergemeinderat ist das vollziehende und verwaltende Organ der Gemeinde.

Er beschliesst und wählt in allen Angelegenheiten, die nicht in der Gesetzgebung, in der Gemeindeordnung oder in einem anderen rechtsetzenden Gemeindereglement ausdrücklich einem anderen Organ übertragen sind.

Er hat insbesondere folgende Sachaufgaben:

- a) Betreuung und Bewirtschaftung des Gemeindewaldes;
- b) Verwaltung des gemeindeeigenen Bürgerlandes und der Liegenschaften;
- c) Förderung der sozialen und kulturellen Wohlfahrt.

Er verfügt über folgende Finanzkompetenzen:

- a) neue Voranschlagskredite bis jährlich einmalig Fr. 30'000.-- oder jährlich wiederkehrend Fr. 3'000.--;
- b) Nachtragskredite bis Fr. 20'000.--.

## **5. Kommissionen**

### **5.1. Art und Anzahl**

#### **§ 26**

Die Stimmberechtigten wählen die Rechnungsprüfungskommission mit fünf Mitgliedern an der Urne.

Der Bürgergemeinderat wählt die Mitglieder des Wahlbüros mit drei Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern.

Der Bürgergemeinderat wählt alle Delegierte in Verbände, Genossenschaften, Vereine, Zweckverbände und Gesellschaften.



### **5.1.1. Rechnungsprüfungskommission**

#### **§ 27**

Die Aufgaben der Rechnungsprüfungskommission richten sich nach dem Gemeindegesetz.

Die Rechnungsprüfungskommission überwacht insbesondere während des Rechnungsjahres den Finanzhaushalt und prüft die Jahresrechnung.

Die Mitglieder des Bürgergemeinderates, die Beamten und Angestellten der Bürgergemeinde sind nicht wählbar.

Die Rechnungsprüfungskommission konstituiert sich selbst.

### **5.1.2. Wahlbüro**

#### **§ 28**

Die Aufgaben des Wahlbüros richten sich nach dem Gesetz über Wahlen und Abstimmungen.

Das Wahlbüro überwacht insbesondere die Stimmabgabe bei Wahlen und Abstimmungen und ermittelt die Resultate.

Das Wahlbüro konstituiert sich selbst.

### **5.1.3. Weitere Kommissionen und Fachgremien**

#### **§ 29**

Der Bürgergemeinderat kann weitere Kommissionen oder Fachgremien einsetzen.

Die Aufgaben werden in den entsprechenden Aufträgen definiert.

## **6. Behördenmitglieder, Beamte, Beamtinnen und Angestellte**

### **6.1. Dienstverhältnis**

#### **§ 30**

Beamte sind:

- a) der Bürgergemeindepräsident oder die Bürgergemeindepräsidentin;
- b) der Vizepräsident oder die Vizepräsidentin der Bürgergemeinde;
- c) der Bürgergemeindeschreiber oder die Bürgergemeindeschreiberin;
- d) der Finanzverwalter oder die Finanzverwalterin.

## **6.2. Bürgergemeindepräsident oder Bürgergemeindepräsidentin § 31**

Der Bürgergemeindepräsident oder die Bürgergemeindepräsidentin leitet und koordiniert die Gemeindegeschäfte.

Dem Bürgergemeindepräsidenten oder der Bürgergemeindepräsidentin steht im Rahmen des Budgetkredites, kollektiv mit dem Bürgergemeindeschreiber bzw. der Bürgergemeindeschreiberin oder dem Finanzverwalter bzw. der Finanzverwalterin eine Finanzkompetenz bis zu Fr. 3'000.-- pro Geschäft zu.

## **6.3. Bürgergemeindeschreiber oder Bürgergemeindeschreiberin § 32**

Der Bürgergemeindeschreiber oder die Bürgergemeindeschreiberin führt vor allem den Schriftverkehr und die Administration.

## **6.4. Finanzverwalter oder Finanzverwalterin § 33**

Der Finanzverwalter oder die Finanzverwalterin führt vor allem den Finanzhaushalt der Gemeinde.

# **7. Finanzhaushalt**

## **7.1. Voranschlag**

### **§ 34**

Der Voranschlag für das nächste Jahr ist dem Bürgergemeinderat jeweils bis am 30. November zu unterbreiten. Die Budgetgemeindeversammlung findet spätestens im Dezember des laufenden Jahres statt.

## **7.2. Neue Ausgaben unter einem besonderen Traktandum**

### **§ 35**

Bevor über den Voranschlag beschlossen wird, sind nicht gebundene einmalige Ausgaben, die Fr. 30'000.-- und jährlich wiederkehrende Ausgaben, die Fr. 3'000.-- übersteigen, von der Gemeindeversammlung unter einem besonderen Traktandum zu beschliessen.

Die übrigen nicht gebundenen Ausgaben können in den Voranschlag aufgenommen und gleichzeitig mit der Schlussabstimmung über den Voranschlag beschlossen werden.

## **8. Zusammenarbeit der Gemeinde**

### **§ 36**

Die von der Bürgergemeinde mit anderen Gemeinden abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Verträge, sowie die Mitgliedschaften bei Zweckverbänden und ähnlichen Körperschaften werden in einem separaten Verzeichnis aufgeführt.

## **9. Beschwerderecht**

### **§ 37**

Wer stimmberechtigt ist, oder wer von einem Beschluss berührt wird und ein schutzwürdiges eigenes Interesse hat, kann innerhalb von 10 Tagen beim Regierungsrat Beschwerde erheben gegen die von den Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung oder an der Urne gefassten Beschlüsse.

Gegen letztinstanzliche Beschlüsse der Gemeindebehörde kann nur Beschwerde erheben, wer von einem Beschluss berührt wird und ein schutzwürdiges eigenes Interesse hat.

## **10. Schlussbestimmungen**

### **10.1. Aufhebung bisherigen Rechts**

#### **§ 38**

Mit dem Inkrafttreten dieser Gemeindeordnung sind die Gemeindeordnung vom 1. Januar 1993 mit all ihren Änderungen und alle dieser Gemeindeordnung widersprechenden Bestimmungen aufgehoben.

### **10.2. Inkrafttreten**

#### **§ 39**

Diese Gemeindeordnung tritt, nachdem sie von der Gemeindeversammlung beschlossen und vom Volkswirtschaftsdepartement genehmigt worden ist, rückwirkend auf den 1. Januar 2014 in Kraft.

## **Genehmigungen**

Von der Gemeindeversammlung der Bürgergemeinde Niedergösgen  
beschlossen am 12. Mai 2014.

Der Bürgergemeindepräsident:

Die Bürgergemeindeschreiberin:

Patrick Friker

Marianne von Arx-Meier

Vom Volkswirtschaftsdepartement mit Verfügung vom 3. Juni 2014  
genehmigt.